



Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Historisches Rathaus

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 23.03.2017

AN/0506/2017

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	04.04.2017

**„Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen,,
Ordnungsdienst vor Ort stärken – 100 zusätzliche Ordnungskräfte für die Veedel**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates am 04.04.2017 aufzunehmen:

Präambel

Die Sicherheit und das subjektive Sicherheitsempfinden der Kölnerinnen und Kölner hängen ganz entscheidend von der Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit der Polizei und der Ordnungskräfte vor Ort ab. Der Kölner Polizeipräsident hat das erkannt und verstärkt offensiv die Sichtbarkeit der Polizei in der Innenstadt, da dieser Bereich das Entree zur Stadt ist und ihm der besondere Augenmerk der Öffentlichkeit gilt. Jüngst hat er in dem Zusammenhang die Einrichtung einer zusätzlichen Polizeiwache am Dom angekündigt sowie eine stärkere – d.h. personalintensivere – Zusammenarbeit mit dem Kölner Ordnungsamt eingefordert. Das begrüßt die SPD-Fraktion im Rat ausdrücklich. Dieser Fokus auf den Innenstadtbereich, insbesondere rund um den Dom und den HBF, darf aber nicht dazu führen, dass die weiteren Veedel vernachlässigt werden, indem die vorhandenen personellen Sicherheitsressourcen im engeren Innenstadtbereich konzentriert werden. Es darf bei diesem Thema keine zwei-Klassen-Verhältnisse geben.

Beschluss:

1. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsdienstes sollen in den Veedeln das „Gesicht“ der Stadtverwaltung für Sicherheit und Ordnung sein. Die Verwaltung wird deshalb beauftragt den Ordnungsdienst in den Bezirken auszubauen und neben einer deutlichen Präsenz im Innenstadtbereich auch in den Veedel durch Schaffung von mindestens 100 neuen Stellen personell zu verstärken. Diese zusätzlichen Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter sollen auf die einzelnen Stadtbezirke verteilt und diesen zuständigkeithalber fest zugeordnet werden. Die konkrete Personalstärke, mindestens jedoch 10 Ordnungsdienstkräfte pro Stadtbezirk, ist so zu bemessen, dass eine Präsenz und Erreichbarkeit unter der Woche und am Wochenende auch außerhalb der regelmäßigen Dienstzeiten im Veedel gewährleistet ist.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur weiteren Stärkung der Sicherheitsinfrastruktur in allen Stadtbezirken unter enger Einbeziehung der Bezirksvertretungen und der weiteren maßgeblichen Beteiligten bereits bestehende örtliche Kriminalpräventive Räte zu unterstützen, bei Bedarf zu reaktivieren oder die Einrichtung Kriminalpräventiver Räte zu initiieren. Dabei ist den unterschiedlichen Sozialstrukturen, Bedürfnisse und Problemlagen in den einzelnen Bezirken Rechnung zu tragen.

Begründung:

Mehr Sicherheit in allen Bezirken

Kernelement für die Steigerung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsempfindens ist die Stärkung der Präsenz von Sicherheitskräften auf den Kölner Straßen und Plätzen. Es muss gewährleistet sein, dass die bestehenden Regeln im gesamten Stadtgebiet eingehalten und regelwidriges Verhalten konsequent geahndet wird. Die Stadt muss mehr Verantwortung für die Einhaltung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum übernehmen. Die Aufstockung des Ordnungsdienstes um 100 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war nur ein erster Schritt. Er bildet allerdings noch nicht ab, dass insbesondere die Veedel unter einer strukturellen Benachteiligung, u.a. bei der Präsenz des Ordnungsdienstes, leiden. Aber gerade dort wo die Menschen wohnen und leben, erleben die Kölnerinnen und Kölner die tägliche Unsicherheit und Verwahrlosung des Straßenbildes als besonders problematisch. Die personelle Ausstattung des Bezirksordnungsdienstes muss deshalb so bemessen sein, dass auch tatsächlich eine höhere Präsenz in den Veedeln gewährleistet ist. Die Außendienstkräfte müssen auch tatsächlich auf die Straße kommen und von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen werden können.

Sicherheit für Alle

Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung obliegt in erster Linie den zuständigen staatlichen Stellen. Es läuft etwas verkehrt, wenn nur in den Genuss einer besseren (subjektiven) Sicherheit kommt, wer es sich leisten kann. Erste Initiativen – in vergleichsweise gutsituierten Quartieren – machen es vor. Dort sorgen private Wachdienste für vermeintlich mehr Sicherheit. Sicherheit darf aber keine Frage des Geldbeutels sein. Die Anforderungen an die Sicherheitsstruktur mögen im Schwerpunkt in den einzelnen Stadtbezirken durchaus unterschiedlich gewichtet sein – in einigen Bezirken spielt das Thema Straßenprostitution eine größere Rolle, in anderen ist es das Thema Ruhestörungen. Allen gemein ist der Bedarf nach mehr Präsenz und Ansprechbarkeit – jemanden, der sein Veedel kennt, dort verankert ist, nach dem Rechten sieht und dem Thema Sicherheit ein Gesicht gibt.

Sicherheit rund um die Uhr

Das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Sicherheit im Veedel endet nicht um 17:00 Uhr. Es ist wichtig, dass die Ordnungskräfte im Veedel auch außerhalb der regelmäßigen Geschäftszeiten Präsenz zeigen und insbesondere in diesen Zeiten aktiv und initiativ auf Regelverstöße reagieren können. Die Themen Ruhestörung und Einhaltung des Nichtraucherschutzes etc. spielen naturgemäß an den Wochenenden und in den Abendstunden eine größere Rolle. Es darf nicht dem reinen Zufall oder der Meldung von Bürgerinnen und Bürgern überlassen werden, ob entsprechende Verstöße erfasst und geahndet werden.

Mehr Sicherheit durch Vernetzung

Das Thema Sicherheit muss ganzheitlich gedacht werden. Das gilt im besonderen Maße für die verschiedenen Veedel mit ihren teils sehr unterschiedlichen Bedürfnissen. Es ist deshalb essentiell, dass sich die maßgeblichen Akteure, angefangen bei den verschiedenen städtischen Dienststellen, der Polizei, den Streetworkern, den Trägern der Sozialen Dienste, den Sozialraumkoordinator/innen über die KVB bis zu den Abfallwirtschaftsbetrieben vernetzen. Örtliche Kriminalpräventive Räte können eine entsprechende koordinierende und bündelnde Funktion übernehmen und zudem eine integrierende und aktivierende Rolle für bürgerschaftliches Engagement darstellen. Sie sollen lokale Problemlagen und aktuelle sowie zukünftige Handlungsbedarfe identifizieren und durch zielgerichtete Maßnahmen eine Verbesserung der Situation vor Ort ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin